

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Februar 2012

Gesch. Nr. 059/12

16.04.22 Gemeindeorganisation; Postulate

[...]

8. GESCHÄFT-NR. 059/12

Postulat Stefan Eichenberger, JLIE, und Mitunterzeichnende, betreffend Austritt Flughafenschutzverband / IG Region Ost – Überweisung

Gemeinderat Stefan Eichenberger, JLIE, und Mitunterzeichnende reichen mit Schreiben vom 10. Januar 2012 folgenden Vorstoss ein:

1. Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, aus dem Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (sbfz) auszutreten.
2. Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, aus der Interessengemeinschaft Region Ost auszutreten.

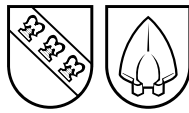
in der Volksabstimmung vom 27. November 2011 hat das Zürcher Stimmvolk das Flughafengesetz, welches keine Neu- und Ausbauten von Pisten forderte, sowie die gültigen Teile des dazugehörigen Gegenvorschlags mit 59 % bzw. 69 % der Stimmen abgelehnt. Auch die Bevölkerung der Stadt Illnau-Effretikon sprach sich mehrheitlich gegen die beiden Vorlagen aus (53 % bzw. 67 % Nein-Stimmenanteil). Diese kommunalen Abstimmungsergebnisse bilden die Basis für den beantragten Austritt aus den Schutzverbänden.

Beim Flughafen Zürich handelt es sich um einen zentralen Faktor der Verkehrsinfrastruktur der Schweiz und des Kantons Zürich. Von Illnau-Effretikon aus ist er per Bahn oder Auto in 15 Minuten zu erreichen und der Ausgangspunkt zahlreicher Ferien- oder Geschäftsreisen unserer Bevölkerung. Der Flughafen Zürich ist überdies der grösste Arbeitgeber im Kanton Zürich. Er ist ein wichtiger Wirtschaftsmotor für die gesamte Region bzw. das ganze Land. Der Flughafen Zürich steht - wie der gesamte Wirtschaftsstandort Schweiz - in einem internationalen Wettbewerb. Er muss konkurrenzfähig bleiben, damit die zahlreichen Arbeitsplätze in der Region gesichert werden können.

Die Mitgliedschaft beim Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (sbfz) und der Interessengemeinschaft Region Ost kostete die Stadt Illnau-Effretikon gemäss Jahresrechnung 2010 gegen Fr. 20'000.-. Die Jungliberalen Illnau-Effretikon hatten in der Legislaturperiode 2006-2010 mit dem ehemaligen Gemeinderat und heutigen Stadtrat Philipp Wespi einen Vertreter im Flughafenschutzverband. Unter anderem dabei stellten die JLIE fest, dass dieser Verband insbesondere in letzter Zeit keine konkreten Resultate hervorgebracht hat. Ähnliches gilt für die Interessengemeinschaft Region Ost. Vielmehr unterstützen diese Organisationen politische Vorlagen, welche die Bevölkerung von Illnau-Effretikon ablehnt (siehe dazu vorn). Um unnötige Kosten einzusparen, beantragen die Jungliberalen Illnau-Effretikon deshalb den Austritt aus diesen Verbänden. Die Stadt Illnau-Effretikon kann ihre Rechte im Zusammenhang mit dem Flughafen auch ohne Zugehörigkeit zu diesen Organisationen wahrnehmen, zumal kein konkreter Nutzen dieser Mitgliedschaften ersichtlich ist.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass ein Austritt aus diesen Organisationen nichts Aussergewöhnliches ist. Bereits im Jahr 1995 trat die Stadt Illnau-Effretikon gemäss Geschäftsberichten aus dem Schutzverband aus, ehe sie 2002 wieder eintrat.

Die Jungliberalen Illnau-Effretikon bitten deshalb den Stadtrat, diesem Anliegen zu entsprechen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Februar 2012

Urheber: Gemeinderat Stefan Eichenberger, FDP/JLIE

Mitunterzeichnende: Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP/JLIE
Gemeinderätin Michèle Vögeli, FDP/JLIE

FORMELLES

Der Vorstoss ging beim Büro des Grossen Gemeinderats am 13. Januar 2012. Die erste Version des Vorstosses enthielt eine etwas irreführende Floskel, wonach der Stadtrat eingeladen wird, aus dem Schutzverband auszutreten.

Da Postulate im Sinne der Art. 71 ff der gemeinderätlichen Geschäftsordnung in Form eines Prüfungsauftrages abzufassen sind, monierte das Büro, dass dies im Text verstärkt zum Ausdruck gebracht werden muss. Der Urheber passte diese Formulierung nach Rücksprache mit dem Ratssekretären an.

Nachdem das Ratsbüro in jüngster Vergangenheit anlässlich verschiedener Voten der Fraktionen des Gemeinderates getadelt wurde, Vorstösse unsorgfältig auf deren Zulässigkeit zu überprüfen, kommt das Ratsbüro diesem Wunsch nach. Kürzlich wurde bei verschiedenen Postulaten bemängelt, dass diese wie Motionen abgefasst seien

Verschiedentlich wird nun der Vorwurf des überspitzten Formalismus an das Büro herangetragen. Das Büro ist sich seiner Rolle und Verantwortung durchaus bewusst und weiss parteipolitische Einwirkungen einzuordnen und zu gewichten. Als oberste Leitlinie hat sich das Gremium vorgenommen, der Gleichbehandlung aller Fraktionen und sämtlicher Mitglieder Rechnung zu tragen. Selbstverständlich will es nicht bürokratisch agieren, allerdings sind dann und wann Rückmeldungen nötig.

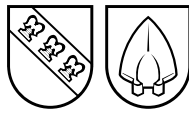
BEHANDLUNG IM RAT

Gemeinderat Stefan Eichenberger, FDP/JLIE, berichtet, auf seinen Vorstoss viele Rückmeldungen erhalten zu haben – positive wie negative. Die meisten davon präsentierten sich fundierter Natur. Nur schon diese „Vordiskussion“ sei es wert gewesen, den Vorstoss zu lancieren. Da viele ortsansässige Firmen, wie auch beschäftigte Privatpersonen, vom Flughafen abhängig sind, habe das Postulat wohl seine Berechtigung.

Eichenberger erläutert die Funktion des Flughafenschutzverbandes und klagt gleichzeitig, dass die Verhandlungen des Verbandes wohl zum Scheitern verurteilt sind, wenn dieser aus lauter Gemeinden bestehe, die aus den verschiedensten Kantonsgebieten stammen. Die Interessen der Süd- und Nordgemeinden stehen einander diametral gegenüber; wie wolle da die Vereinigung mit einer einheitlichen Stimme sprechen. Aufgrund dieser Tatsache erstaune ja nicht weiter, dass sich der Verband wenig verdient macht, selten Aktionen ins Leben rufe und sich nicht sehr präsent zeigt. Sämtliche Bemühungen konzentrierten sich mehrheitlich auf den Abstimmungskampf zur Vorlage des Gesetzes über den Flughafen Zürich im vergangenen Herbst.

Immerhin haben sich die lärmgeplagten Ostgemeinden zu einer eigenen Organisation formiert. In der IG-OST sei wenigstens die Stossrichtung klar. Allerdings mahnt Gemeinderat Eichenberger, dass Steuergelder nicht für den Abstimmungskampf eingesetzt werden sollten.

Die Aufruhr über die Einreichung des Vorstosses kann Eichenberger indessen nicht nachvollziehen. Da es sich lediglich um ein Postulat handle, sei damit lediglich ein Prüfungsauftrag und nicht eine Anordnung zur



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Februar 2012

Umsetzung (wie bei einer Motion) verbunden. Der Stadtrat könne beispielsweise auch die Variante prüfen, nur aus einem der beiden Verbände auszutreten.

Am WEF in Davos schlossen Deutschland und die Schweiz am vergangenen Wochenende eine Vereinbarung, den schon Jahre schwelenden Fluglärmstreit zu beseitigen. Dies suggeriere aber nicht, dass die Probleme nun vom Tisch sind. Es wurden Stimmen laut, wonach der Vorstoss nun seine Berechtigung verwerke, da Deutschland anscheinend weiterhin einseitige Forderungen geltend machen könne und die Schutzorganisationen mehr denn je gefragt seien. Der Stadtrat hätte die aktuellen Entwicklungen sowieso in der Ausarbeitung seiner Antwort zu berücksichtigen.

Die geschlossene Absichtserklärung soll nun nicht überbewertet werden. Der Handlungsspielraum der Schweiz gegenüber Deutschland sei ohnehin beschränkt.

Die Kardinalsfrage der ganzen Angelegenheit, die sich nun stelle, sei, ob man die Gelegenheit nutzen will, einen Betrag von Fr. 20'000.- an Mitgliederbeiträgen einzusparen.

Die Präsidentin, Ruth Hildebrand, fragt den Stadtrat an, ob er bereit sei, das Postulat zur Beantwortung entgegenzunehmen.

Stadtpäsident Ueli Müller, SP, gibt bekannt, dass der Stadtrat mehrheitlich bereit sei, diese Angelegenheit zu prüfen.

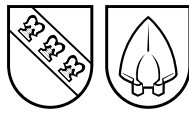
Das Wort steht nun den Mitgliedern des Gesamtrates offen.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, 2. Vizepräsident, spricht in seiner Funktion als Delegierter der Stadt Illnau-Effretikon im Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich.

Seit den jüngsten Entwicklungen auf internationaler Ebene sei die Sache genau zu überdenken. Gemeinderat Gehri stellt die Handlungen von Bundesrätin Leuthard in Frage und ist sich unsicher, ob sie sich der nun folgenden Konsequenzen bewusst sei. Der Flughafenschutzverband bestehe aus 69 Gemeinden und zwei Ortsgruppen. Seine Aufgabe sei es, die Interessen der Bevölkerung, die um den Flughafen herum wohnhaft ist, zu wahren. Auch Gehri sei sich als gelegentlicher Nutzer des Flughafens über dessen wirtschaftliche Bedeutung bewusst, und im Übrigen auch bereit, entsprechende Immissionen in Kauf zu nehmen. Jedoch konstatiert Hans-Jürg Gehri, dass ein Wachstum um jeden Preis nicht erstrebenswert sei. Vielmehr soll sich das Gefüge durch ein vernünftiges Neben- und Miteinander definieren.

Die im Verband vertretenen „Südschneiser“ teilen diese Haltung nicht und würden primär das Ziel anstreben, den Flugverkehr gänzlich vom Süden fernzuhalten.

Die IG-Ost, in welcher die Stadt ebenfalls über eine Delegation verfügt, könne wohl als kooperativste Interessensgruppe wahrgenommen werden. Sie sei bereit, entsprechende Immissionen in Kauf zu nehmen. Allerdings erwarte man dies auch von den anderen Gruppen. Durch die neu geschlossene Vereinbarung sei aber gerade die Region Ost wohl sehr gefährdet.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Februar 2012

Im Vorstoss werde zwischen den Zeilen der Vorwurf erhoben, die Mitglieder des Schutzverbandes würden sich gegen den Flughafen stellen. Das sei nicht wahrheitsgetreu. Auch der Schutzverband anerkenne die Wichtigkeit des Flughafens für die Wirtschaft.

Ebenso sei die Argumentation hier Sparpotenzial zu lokalisieren, etwas kleinlich, wenn man betrachte, was das Parlament sonst an Ausgaben beschliesse. Im Übrigen sei der Betrag von Fr. 20'000.- überrissen und bilde nicht die Realität ab.

Der Schutzverband sei praktisch das einzige Gremium, welches auch bei Behörden Anerkennung fände und zur Meinungsbildung zu jeweilig wichtigen Themen zur Stellungnahme oder Anhörung eingeladen werde.

Mit dem Austritt käme der Stadt gemäss Gehri auch das demokratische Mitbestimmungsrecht abhanden. Und ausgerechnet die flächenmässig grösste Stadt nach Kloten und Winterthur würde ihre wichtige Position (nur schon nach geografischen Aspekten betrachtet) verlieren.

Namhafte Politiker (Kantonsrat Thomas Vogel, FDP; Regierungsrat Ernst Stocker, SVP; Ursula Moor, Kantonsrätin, SVP) würden sich teils sogar gegen parteiinterne Parolen stellen und sich für den Flughafen aussprechen und sich sehr engagieren. Dies verdiene Respekt und soll zur Nachahmung animieren.

Gehri bittet, das Postulat nicht zu überweisen.

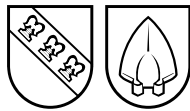
Gemeinderätin Barbara Scheidegger-Conrad, SP/JUSO, hat eine Rede vorbereitet; allerdings sei so manches bereits im vorangegangenen Votum erläutert worden.

Sowohl die IG-Ost als auch der Schutzverband seien Garanten dafür, dass die Bedürfnisse der Bevölkerungen angemessen berücksichtigt werden. Beide Gremien verstünden sich nicht als Flughafengegner sondern sehen sich vielmehr als Gegengewicht der wirtschaftsstarken Interessensvertreter. Die Kanalisation der Flugströme und -bahnen sei von immenser Bedeutsamkeit. Es gehe nicht an, dass der Osten alles und der Süde nichts ertragen müsse.

Die Stadt Illnau-Effretikon sei in mehreren Bereichen in Institutionen der Region Winterthur eingebunden. Die Abstützung basiere auf drei Säulen. So sei die Stadt im Gremium der Regionalplanung Winterthur und Umgebung, RWU, bezüglich raumplanerischer Aspekte vertreten. Ebenso ist sie Mitglied der Standort- und Wirtschaftsförderung Winterthur und – wie nun bereits mehrfach angesprochen – auch in der Interessensgemeinschaft IG Ost bezüglich der Fluglärmverteilung organisiert. Ein Austritt signalisiere ein starkes politisches Zeichen. Die Stärke der Region beruhe auf der Solidarität ihrer Mitglieder. Die Stadt Illnau-Effretikon fuhr bis anhin einen Schlingerkurs. So trat den Gremien bei, trat danach wieder aus, um nach ein paar Jahren wieder einzutreten. Das vermittle kein gutes Bild; schon gar nicht für die Nachbargemeinden Lindau, Kyburg und Weisslingen. Ein Austritt würde die Stellung der Stadt und auch die Region schwächen.

Die SP/JUSO-Fraktion stelle sich einstimmig gegen die Überweisung des Postulates. Dieses zeuge von Kurzsichtigkeit und spreche sich unsolidarisch gegen die Wahrung der Interessen eines grossen Teils der Bevölkerung aus.

Gemeinderat Andreas Hasler, GP/GLP, stellt der versammelten Runde die rhetorische Frage, weshalb die Anwesenden eigentlich Mitglied einer Partei seien. Wohl deshalb, weil man in einem Zusammenschluss mehr erreichen könne, als alleine.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Februar 2012

Mit dem Flughafenschutzverband verhalte es sich genau gleich. Die Stimme der Gemeinden sei umso stärker, je mehr Personen und Gemeinden dahinter stünden.

Die Stimme der Stadt Illnau-Effretikon werde nur dann gehört, wenn sie Teil dieses Gremiums sei. Eine Gemeinde als Einzelkämpferin werde beispielsweise zu Detailfragen wie gegenwärtig der Lärmabgrenzungslinie nicht zur Stellungnahme gebeten. Hingegen werde die Meinung des Schutzverbandes hierzu angehört.

Massnahmen wie Fluglärm- und Energieabgaben fussen auf Bemühungen des Schutzverbandes. Diese Massnahmen nehmen auch eine lenkende Wirkung ein. So sind die Airlines bestrebt, leisere Flugzeuge einzusetzen, da lautere Modelle mehr finanzielle Abgaben bedeuten. Gleichzeitig sind somit die Hersteller bestrebt, den technischen Fortschritt voranzutreiben, um ihren Kunden geräuschärmeres Fluggerät zu präsentieren.

Natürlich stünde einem immer die Möglichkeit offen, andere machen zu lassen. So liesse sich natürlich einiges finanzielles und zeitliches Engagement einsparen. Würde man sich nun aus den Gremien verabschieden, käme dies einem Schildbürgerstreich erster Güte gleich und sei zugleich eine öffentliche Aufforderung, dem Osten nun den gesamten Lärm aufzuladen. Die Position der Stadt nun zu schwächen, könne nicht im Interesse der Bevölkerung sein und erweise sich als höchst unsolidarisch.

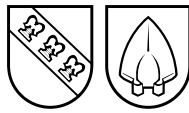
Die GP/GLP-Fraktion werde die Überweisung dieses Vorstosses nicht unterstützen.

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP/JLIE, stellt zufrieden fest, dass er die Unstimmigkeiten im Parlament lange Zeit vermisst habe und dieser Vorstoss der beste Beweis dafür sei, dass die Fluglärmthematik nicht von den Haltungen links/rechts geprägt wird, sondern sich die Geister vielmehr zwischen Geschädigten und Ungeschädigten teilen. Ein übermässiges Wachstum sei nicht notwendig. Erstaunlich sei aber, dass der IG Ost eine derart hohe Bedeutsamkeit beigemessen wird. Eine Interessensgemeinschaft wahre oder schütze Interessen. Eine Gemeinde könne ihre Absichten auch in anderen Formen oder Gremien vertreten. Eine IG gebe nur vor, was man nicht tun soll. Sie zeige hingegen nicht auf, welche Massnahmen man denn ergreifen könne. Sie verhält sich demnach eher passiv als aktiv.

Gemeinderat Reto Unterholzner, SVP, beschwichtigt, dass momentan lediglich ein Postulat vorliege, welches es zu prüfen gelte. Er fände es sinnvoll, sich darüber Gedanken zu machen und die eine oder andere mögliche Variante abzuwägen und zu prüfen. Die Solidarität zu den anderen Gemeinden sei wichtig und soll unbedingt in die Erwägungen einbezogen werden.

Gemeinderat Rainer Hugener, GP/GLP, pflichtet seinem Fraktionskollegen Andreas Hasler bei. Der Begriff Schildbürgerstreich im Falle eines Austrittes treffe zu. Die Jungliberalen hätten hier einen Ladenhüter ausgegraben und halten den jetzigen Zeitpunkt für angebracht, den Austritt zu forcieren. Verschiedenen Voten liesse sich entnehmen, dass die Gemeinde auch andere Gefässe finden würde, wo sie ihre Interessen schützen könne. Aber wie und wo solle sie dies konkret tun?

Die Neue Zürcher Zeitung title zum Thema Staatsvertrag beispielsweise in ihrer Ausgabe vom 30. Januar „Inakzeptabel einseitig, Lärm muss berücksichtigt werden“. Genau so komme es doch.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Februar 2012

Der Osten soll nicht zum „Lärmkübel“ verkommen. Die Jungliberalen hätten es verpasst, das Postulat nach den jüngsten Entwicklungen des vergangenen Wochenendes zurückzuziehen. Sie würden so massgeblich zum Schildbürgerstreich beitragen.

Auch *Gemeinderat Daniel Hari, EVP*, wünscht sich noch zu äussern. Er bringe durchaus Verständnis für das Postulat auf und könne sogar einige Sympathie dafür entbieten. Aber Sympathie zu den Leuten, die hinter diesem Vorstoss stünden, könne heute nicht massgebend sein. Das Postulat käme zum dümmst möglichen Moment. Viele Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel. Es sei ihm bewusst, dass das Postulat nur einen Prüfauftrag zu Händen des Stadtrates beinhalte. Aber was für Signale sende man mit der blossen Einreichung bzw. dessen Überweisung aus? Hari rügt auch die Presse, die zum Teil Unwahrheiten repliziere.

Gemeinderat Hari regt die Mitglieder des Grossen Gemeinderates- und insbesondere die Vorstossunterzeichnenden an, sich zu besinnen und das Postulat nicht zu überweisen.

Gemeinderat Andy Büecheler, SVP, dankt für die angeregte Diskussion. Im Verlaufe der Votenabgabe wurden einige wichtige und gute Aspekte eingebracht. Vielleicht sei gerade deshalb der momentane Zeitpunkt diesen Sachverhalt zu überprüfen, nicht der dümmste, sondern genau der richtige. Die Hintergründe, welche nach der Staatsvereinbarung mit Deutschland nun u.a. auch durch die Presse ans Licht treten, seien nicht zu vernachlässigen. Das Postulat biete die Chance, eine Standortbestimmung vorzunehmen.

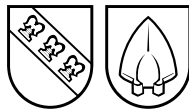
Gemeinderat Stefan Eichenberger, JLIE, rechtfertigt gewisse Einwürfe, die nun in der bisherigen Debatte an die Adresse Urhebererschaft des Vorstosses erhoben wurden. Es sei einfach zu sagen, der Vorstoss käme einem Schildbürgerstreich gleich, nur weil man anderer Meinung sei.

Es sei interessant, dass niemand definieren könne, was der Verband konkret für eine Rolle einnehme. Um es kurz zu machen: Die Schutzorganisationen seien so bunt wie ein Gemischtwarenladen. Das Volk erhalte ja weiterhin die Gelegenheit, an der Urne mitzubestimmen.

Die demokratische Mitsprache werde doch nicht ausgehebelt. Aktuelle Entwicklungen können jederzeit berücksichtigt werden, und ein Staatsvertrag werde ja nicht von heute auf morgen ratifiziert. Dieser Prozess dauere nicht selten Jahre.

Die Jungliberalen setzen sich für den Wirtschaftsmotor und die damit verbundenen Arbeitsplätze ein. Schliesslich sei niemandem gedient, wenn Nachtruhe vorherrscht, dafür aber keine Arbeit vorhanden sei.

Die Ratspräsidentin, Ruth Hildebrand, FDP/JLIE, stellt fest, dass sich die Diskussion nun erschöpft hat und leitet zur Abstimmung über.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 2. Februar 2012

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

BESCHLIESST:

1. Der Vorstoss „Postulat Stefan Eichenberger, JLIE, und Mitunterzeichnende, betreffend Austritt Flughafenschutzverband / IG Region Ost“ wird dem Stadtrat nicht zur Beantwortung überwiesen.
2. Der Vorstoss wird als erledigt abgeschrieben und wird von der Pendenzenliste gelöscht.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Geschäftsakten
 - Abteilung Präsidiales
 - Stadtpräsident Ueli Müller, Ressort Präsidiales

Obgenannter Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis mit 12:17 Stimmen zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär